

Interpellation Nr. 42 (Mai 2012)

12.5129.01

betreffend Medikamentenpreise und die diesbezüglichen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Basel

Die Ankündigung der Änderungen in der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) sowie der Krankenversicherungsverordnung (KVV), wirksam per 1. Mai 2012, durch den Bundesrat haben sowohl auf parlamentarischer Ebene (Bund und Kanton) wie auch in der Regierung des Kantons Basel-Stadt grosse Sorge ausgelöst. Für Basel sind gute Rahmenbedingungen für die Pharmaindustrie zentral.

Der Interpellant bittet daher den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was bedeuten nach Ansicht der Regierung des Kantons Basel-Stadt die vom Bundesrat angekündigten Massnahmen im Bereich der Preisüberprüfung für die Pharmaindustrie in der Schweiz und für den Zugang der Schweizer Patienten zu innovativen Medikamenten?
2. Kann der Regierungsrat bereits abschätzen, welche Folgen die bundesrätlichen Beschlüsse auf den Standort Basel in Bezug auf die Arbeitsplatzsituation und das Steuersubstrat haben könnte?

Die Pharmaindustrie ist in das gesundheitspolitische Regelwerk eingebunden. Gesundheitspolitische Massnahmen haben deshalb Standortrelevanz.

3. Wie beurteilt der Regierungsrat den Umstand, dass die Landesregierung solche Entscheide allein durch das Bundesamt für Gesundheit im Eidg. Departement des Innern EDI vorbereiten lässt und das Volkswirtschaftsdepartement EVD nicht einbindet?
4. Ist die Regierung des Kantons Basel-Stadt in Kontakt mit den anderen Kantonsregierungen, welche ebenfalls starke Pharmastandorte vertreten (z.B. Kanton Basel-Landschaft, Zug, Kanton Waadt)?
5. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um die Währungsproblematik für die Pharmaindustrie so zu lösen, dass gesundheitspolitische wie auch standortpolitische Interessen angemessen berücksichtigt und die einseitig auf die Kostenreduktion ausgerichteten Verordnungen korrigiert werden?

Sebastian Frehner